

Eubedter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eubedter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Donnerstag, den 28. Februar 1918.

25. Jahrg.

Zu den deutsch-russischen Friedensbedingungen

sagt der „Vorwärts“:

Genosse Scheidemann hat Dienstag in seiner Staatsrede die sehr notwendige Feststellung getroffen, daß die deutsche Politik gegen Rußland nicht die Politik der deutschen Sozialdemokratie ist. Diese Feststellung wird man nach Kenntnisnahme des gestern wiedergegebenen, von der Petersburger Regierung angenommenen Ultimatus doppelt und dreifach unterstreichen müssen.

Die Bedingungen des Ultimatus enthalten in territorialer Beziehung keine große Abweichung gegenüber den Forderungen in Brest-Litowsk. Nur bei Dünaburg ist noch eine „Grenzregulierung“ vorgenommen worden. Livland und Estland werden bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt okkupiert. Zweifellos werden unsere Wilddeutschen alle Hebel ansehen, um aus dieser Okkupation eine Annexionsaktion zu lassen. Um diese Gebiete dürfte also noch ein heftiger politischer Kampf entbrennen.

Ebenso wird das Verhältnis der von Rußland abgetrennten Gebiete zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn noch den Gegenstand lebhafter politischer Auseinandersetzungen bilden, das die einen so lose, die anderen so fest wie möglich zu gestalten wünschen.

Neu ist u. a. die Verpflichtung Rußlands, die Ukraine und Finnland unverzüglich zu räumen und mit der Ukraine sofort Frieden zu schließen. Eine solche Auflage, Frieden mit einem Staat zu schließen, dessen Grenzen gegenüber dem verpflichteten Staat noch gar nicht festgelegt sind, ist wohl noch in keinem Friedensvertrag dagewesen.

Die russische Regierung verpflichtet sich ferner, fortan mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben und die revolutionäre Auslandspropaganda einzustellen. Sie verpflichtet sich weiter, die völlige Demobilisierung des russischen Heeres „einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile“ durchzuführen.

Als Folge dieses Friedensvertrages ist der — über kurz oder lang doch unausbleibliche — Sturz der Bolschewiki-Regierung vorauszusetzen. Die ihr folgende Regierung wird dann die von ihr übernommenen Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, da ihr die Machtmittel fehlen werden, um eine Revision zu erzwingen.

Wie sich aber später die Dinge entwickeln werden, wenn Rußland reorganisiert sein wird, oder was sonst noch für Zwischenfälle auf dem Wege zum allgemeinen Frieden aus diesem Sonderfriedensvertrag entstehen mögen, das kann kein Mensch voraussagen.

Der Nutzen, den das Deutsche Reich aus der Neuordnung der Verhältnisse im Osten ziehen soll, ist u. m. o. weniger klar, als die Art der Beziehungen, welche die neuen Staaten mit den Mittelmächten verbinden sollen, noch völlig im Dunkel liegt. Umso klarer treten für unsere Betrachtungsweise ihre Gefahren hervor: die Verschlechterung der Friedensausichten im Westen und die Unsicherheit des abgeschlossenen Friedens im Osten. So lebhaft wir wünschen, daß diese Besorgnisse unbegründet sein mögen und so sehr wir bestrebt sein wollen, die vorhandenen Gefahren zu verringern, so muß doch mit schärfster Deutlichkeit gesagt werden: der Weg, der da beschritten worden ist, ist nicht der unsere, wir haben davor gewarnt, ihn zu betreten.

Ob die Aenderungen im Osten auf Annexionen hinauslaufen werden, ist noch ungewiß, für Rußland aber gleichgültig. Wenn Deutschland geschlagen worden wäre und Elßaß-Lothringen und die Rheinprovinz hätte aufgegeben müssen, so konnte es auch uns ziemlich gleich bleiben, ob diese abgetrennten Gebiete selbständig oder französisch geworden wären. Gerade dieses Beispiel aber bringt uns in Erinnerung, daß es schließlich nicht die einzige Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft im Kriege war und ist, Annexionen zu verhindern, die von deutscher Seite verübt wurden, sondern daß sie auch die Aufgabe hatte und hat, Annexionen auf Rußland zu verhindern. Die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist aber durch diese Doppelseitigkeit unendlich schwierig und nahezu unlösbar geworden, und wenn wir aufrichtig genug sind, zu sagen, daß dieser Ausgang der Dinge im Osten ein Mißerfolg unserer Bestrebungen ist, so wollen wir gleich hinzufügen: dennoch ist dieser Mißerfolg nicht der schlimmste der uns treffen konnte. Hätte uns das Schicksal wirklich nur die Wahl zwischen zwei Uebeln gelassen, so wäre das jetzt eingetretene das kleinere gegenüber dem, daß es Deutschland ergangen wäre wie Rußland.

Der Bolschewismus vor der Ernüchterung.

Vor einigen Tagen ist aus Petersburg gemeldet worden, daß die deutschen Friedensbedingungen nach heftiger Debatte mit 126 gegen 85 Stimmen, bei 26 Stimmenthalten, im Volksgesamtsrat der Arbeiter- und Soldatenregierung angenommen wurden. Ausschlaggebend für diesen Beschluß, der eine völlige Umwälzung der Mehrheit bedeutet, waren jedenfalls Argumente, die Lenin kurz vorher in einem Artikel der „Pravda“ dargelegt hat. Er schrieb da, daß Deutschland jetzt härtere Bedingungen stellt, als es diejenigen von Brest-Litowsk waren. Trotzdem sei

er überzeugt, daß nur diejenigen, die durch die revolutionären Schlagworte völlig verwirrt seien, sich weigern könnten, diese Bedingungen anzunehmen. Bisher habe er versucht, die Mitglieder seiner Partei von der Notwendigkeit zu überzeugen. Jetzt müsse er dies öffentlich tun; denn unglücklicherweise seien seine frühesten Prophezeiungen eingetroffen. Er habe damals gesagt, wenn man den Frieden von Brest-Litowsk nicht unterzeichne, würden schwere Niederlagen Rußland zwingen, einen noch ungünstigeren Sonderfrieden zu schließen. Es sei noch schlimmer gekommen, als er vorausgesagt habe. Dann fährt Lenin fort: „Unser Heer scheint aufgelöst zu sein. Es weigert sich endgültig noch weiterzukämpfen. Nur blindwütiger Parteidogmatismus kann Rußland in diesem Augenblick zumuten, den Kampf fortzusetzen. Ich persönlich würde keinen Moment länger in der Regierung oder im Zentralkomitee bleiben, wenn die Politik der Phrasen nochmals die Oberhand bekommen sollte. Diese nackte Wahrheit hat sich uns so scharf fühlbar gemacht, daß es unmöglich ist, sie nicht zu spüren. Die ganze Bürgerschaft Rußlands jubelt über das Näherriücken der Deutschen. Nur jemand, der durch Phrasen blind geworden ist, übersteht, daß die Politik der Revolution ohne Heer Wasser auf die Mühle der Bourgeoisie leitet. Wir müssen uns einem erniedrigenden Frieden unterwerfen.“

Man ersieht hieraus, daß die klügsten Köpfe des Bolschewismus schon längst das Unheil kommen sahen, das aus der Kadeßschen Phrasenpolitik entstehen mußte. Sie sind aber überstimmt worden, wie es häufig geht, wenn sich die Mehrheit von radikal sich gebärdenden Maulhelden täuschen läßt. Erst der fürchtbarste Ernst der Tatsachen bringt dann die Vernunft wieder oben auf. Aber dann ist es meist schon zu spät. . . .

Der dritte Tag

der großen Verhandlungen des Reichstages über die äußere und innere Politik führten die Debatten nicht eigentlich weiter. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand wie am Dienstag der Friede mit Rußland, der Streik und die preussische Wahlrechtsreform. Als neues Thema wurde angehängt das Schicksal der deutschen Kolonien und unsere künftige Kolonialpolitik. Noch immer sind die Konservativen schwer getränkt. Sie stellten zwar gestern keinen Redner, aber ihre schlechte Laune kam in zahlreichen lärmenden Zwischenrufen zum Ausdruck, mit denen sie besonders den ersten Redner des Tages, den Volksparteier Dr. Wiemer, bedachten. Es erregte besonders ihren Zorn, als er noch einige Blüten aus dem Garten des Herrn v. Oldenburg heranzog. In Sachen des Streiks suchte Herr Dr. Wiemer die Christlich-Deutschen Gewerkschaften herauszufordern. Er bestritt vor allem, daß sie Streikunterstützung gewährt hätten. An ihrer Brauerei soll kein Zweifel mehr erlaubt sein. Der Redner der Nationalliberalen, Herr Dr. Stresemann, stellte sich in der Beurteilung der östlichen Fragen als Neun-Zehntel-Annexionist heraus. Außerdem verlangte er stürmisch eine hohe Kriegsschadigung von Rumänien und deutete an, daß es ihm nicht unlieb wäre, wenn auch von den anderen Gegnern eine große Entschädigung erzielt werden könne, mindestens für die Zeit von Ende 1917 an, denn von da ab sei die Reichstagsresolution vom 19. Juli von selbst außer Wirksamkeit getreten. Auch in der belgischen Frage gingen ihm die Aeußerungen des Reichstages weit. Er trat wieder sehr lebhaft für die Blamen ein. Dagegen verdient der Teil seiner Rede, der sich mit der inneren Politik befaßte, durchaus Anerkennung. Er trat mit allem Nachdruck für das allgemeine Wahlrecht in Preußen ein und konnte mitteilen, daß die gesamte nationalliberale Reichstagsfraktion mit ganz wenigen Ausnahmen seinen Standpunkt teile. Wenn seine Worte auf die preussischen Nationalliberalen auch nur einigen Eindruck machen, wird er der Sache der preussischen Wahlreform einen erheblichen Dienst geleistet haben. Sein Satz: ein Gegensatz zwischen preussischer und Reichspolitik sei für die Dauer nicht zu ertragen, und das preussische Wahlrecht widerstreite den Gesetzen der Gerechtigkeit, kann man nur unterzeichnen. Der Kolonialminister Dr. Solf entwickelte ein interessantes Kolonialprogramm. Er verlangte Sicherungen im Friedensvertrag gegen die Militarisierung Afrikas und gegen die Verwendung Farbiger im Kriege zwischen den weißen Rassen. Für die Unabhängigen sprach Abg. Haase. Er sah in dem Grafen Hertling nur ein Aushängeschild, während die wahre Regierung in den Händen der allmächtigen Militärpartei liege. Von diesem Gesichtspunkt kritisierte er das Ultimatum an Rußland und behauptete von ihm, daß ein Frieden auf seiner Grundlage den späteren freiwilligen Anschluß der Randvölker an Rußland von vornherein unmöglich mache, also dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwiderlaufe. Sehr eingehend behandelte Haase den Berliner Streik und wandte sich sehr ausführlich gegen die von Scheidemann mit einer Handbewegung abgetane Behauptung, daß der Streik vom Auslande aus propagiert und finanziert worden sei.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des Zentrumsabgeordneten Erzberger, die im Hause mit Recht große Beachtung fand und ihren Eindruck auch auf die Rechte nicht verschlehen wird. Erzberger zeigte einmal an der Hand eines vielfach noch unbekanntes Materials, vor allem an Ver-

handlungen des englischen Unterhauses, daß bei allen Paroleen in England die Friedenssehnsucht wächst. Mit Recht sah Erzberger hierin einen Beweis für die Wichtigkeit der mit der Entschliebung vom 19. Juni eingeschlagenen Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit, deren Rechtfertigung gegenüber dem Reststreifen alldemokratischer und schwerindustrieller Hecker der Zentrumsredner sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zur besonderen Aufgabe gemacht hatte. Mit großem Geschick deckte Erzberger die dunklen Nachenschaften auf, die sich vor allem in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zugunsten eines reinen Gewaltfriedens zeigen und schlimmer sind als die berichtigten amerikanischen Presseartikel. Auch die gehässige persönliche Kampfesweise nagelte Erzberger mit gebührender Schärfe fest und lehnte es ab, sich mit solchem Paß und Gefindel vor Gericht herumzuschlagen. Jedenfalls sei in dieser Stille das reinigende Gewitter der Bayerischen Rede notwendig gewesen. Am Donnerstag kommt als zweiter Redner unserer Fraktion Genosse Landsberg zum Wort.

Mittwoch, den 27. Februar 1918.

135. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Bayer, Graf Roederer, Dr. Solf, Waldow.

Ein Antrag zur Genehmigung der Straßerfolgung des Abg. Senke (U. S.) wegen Anstiftung bezw. Beihilfe zum Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand, wird abgelehnt.

Erste Lesung des Haushaltsplans.

Dritter Tag.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Die Auffassung des Abg. v. Heydebrand über die äußere und innere Politik teilt die Mehrheit des Reichstages, auf die sich die Regierung stützt, nicht. Wir sind mit den Bedingungen des mit Rußland jetzt abzuschließenden Friedensvertrages einverstanden. Die Stärke der deutschen Position wurzelt in dem Gedanken des Vertheidigungskrieges. Wir billigen daher auch, was der Reichstagspräsident über Belgien gesagt hat. Im Gegensatz zu Herrn v. Heydebrand drücken wir auch unsere Genugtuung ganz vorbehaltlos über die Erklärungen des Reichstages gegenüber den Wilsonschen Friedensgrundlagen aus, ohne daß wir hinzufügen, „wie wir sie auffassen“. Auch ein Erschließung der Michaelszeit und kein gutes. (Seitertzeit und Beifall links.) Bei der inneren Politik ist Herr von Heydebrand unwillig über die Ausschaltung der konservativen Partei. Aber daran sind die Konservativen doch selbst schuld. Die Konservativen können nicht verlangen, daß ein Minister vor ihnen halt macht, wenn er unerwartliche Erscheinungen des öffentlichen Lebens feststellen muß. Und es kann doch höchstens darüber gestritten werden, ob bei den Auseinandersetzungen der letzten Zeit mehr von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken gesündigt worden ist. (Lebhafter Zustimmung. b. d. Volksp., Darm rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Der Reichstagspräsident und der Vizepräsident wünschen den Bürgerfrieden wiederherzustellen, und ich bitte die Redner, ihnen hierbei zu folgen.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Ich will das gern tun, aber die Erregung der Konservativen begreife ich nicht. Wir müssen doch sagen dürfen, daß man auch noch rechts keine Erregung ins Volk hineintragen soll. (Lebhafter Zustimmung links.) Kennen denn die Konservativen die unerwartlichen Vorformnisse der letzten Zeit nicht? Hat doch noch jüngst auf der Bunderversammlung Herr von Oldenburg von der „niederrächigen Friedensrevolution“ gesprochen. Freilich kann der Reichstag nicht durch einen Mann beleidigt werden, der die Gründe jener Reichstagsresolution ebensowenig richtig einschätzen weiß wie die Tragweite seiner eigenen Worte. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.) Aber die Konservativen sind so erregt, weil sie ihre Herrschaft wanken fühlen. Herr von Payer ist als Vertreter einer fortschrittlichen Weltanschauung in die Regierung eingetreten, und diese Richtung paßt den Konservativen nicht. (Lachen rechts.)

Fast drei Milliarden müssen durch neue Steuern gedeckt werden. Hier gilt es, mit den Rezerwenträgern der Bundesstaaten aufzuräumen, das Reich geht ihnen vor. Die Beamtenschaft muß leistungsfähig erhalten werden. Der Mittelstand, dieser überaus wichtige Faktor unseres Wirtschaftslebens, muß gestärkt und erhalten werden. Die Leistungen unserer Kriegsgesellschaftlichen Personen wir nicht, aber wir müssen sie baldigst wieder los werden. Zu den Erfolgen des deutschen Volkes hat die Arbeiterschaft wesentlich beigetragen. Um so bedauerlicher aber war der Streik. Das Verständnis für seine Beweggründe fehlt uns nicht, aber doch müssen wir auf das entschiedenste beurteilen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Verwirklichung politischer Forderungen das Mittel der Arbeitseinstellung gewählt worden ist, durch welche das Wohl des Vaterlandes bedroht und die Begehungen für Frieden und Fortschritt nicht gefördert, sondern gestört werden. Wir beurteilen es umso mehr, als die Folgen des Streiks auch solche Arbeiter treffen, die gegen den Streik waren. Wenn nichtsozialdemokratische Arbeiter miteingeleitet waren, so doch wohl nur deshalb, weil die Maschinen stillgestellt waren. Der Zentralrat der H.-D.-Gewerkschaften hat schon vor dem Ausbruch des Streiks eindringlich vor der Teilnahme gewarnt und selbstverständlich haben die Kassen der H.-D.-Gewerkschaften die Gewährung von Unterstützung aus Anlaß des Streiks abgelehnt. (Hört, hört! bei der Volksp.) Bei den vom Abg. Scheidemann gestern erwähnten Fällen scheint es sich um die kameradschaftliche Unterstützung notleidender Arbeitskollegen aus privaten Mitteln zu handeln. Die Konservativen wollen aus dem Streik auf die Unruhe des Volkes schließen. Aber an den Ausschreitungen haben sich nur halbwegsige Surden und junge Mädchen beteiligt und niemand kann doch ernstlich in Abrede stellen, daß das deutsche Volk einschließlich der deutschen Arbeiterschaft in diesem Kriege gewaltig geleistet und eine hohe politische Rolle gespielt hat. (Sehr richtig! links.) Der Streik darf kein Hemmnis für innerpolitische Reformen bilden, insbesondere muß das preussische Wahlrecht schneidends der Lösung entgegengeführt werden. Deshalb freuen wir uns über die Erklärungen des Bismarckers über das preussische Wahlrecht. Ich lege Verantwortung gegen die Teilnehmer des Herrn v. Heydebrand ein, daß Herr v. Payer als Württemberger über das preussische Wahlrecht ge-

Spanien hat. Er hat hier nicht als Württemberger ge...
Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Der Frieden mit Ru...

Kriege für den Anschluß an Rußland zu erklären. Das nennen...
Sie Selbstbestimmungsrecht! Treiben Sie doch ehrliebe Politik!

erledigte gekenn dreizehn Tagesordnungspunkte, die allerdings...
nicht von mellerschütternder Bedeutung waren. Vor Eintritt...

Wenn man den Rat hat, sich auf die See zu begeben und...
Kolomien zu gründen, muß man auch für den nötigen Schutz der...

Die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz anbetrifft, so...
halten wir es für ausgeschlossen, daß der Herzog Karl Michael...

Bei dieser Gelegenheit wurde wieder ein Vorstoß gegen...
die Baugewerkschule unternommen. Die Budgetkommission...

Was die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz anbetrifft, so...
halten wir es für ausgeschlossen, daß der Herzog Karl Michael...

Die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz anbetrifft, so...
halten wir es für ausgeschlossen, daß der Herzog Karl Michael...

Interessant war die Mitteilung, daß sich das Hochosen-...
wert - natürlich nur im Interesse seiner Arbeiter - auf das...

Senatsminister Dr. Solff: Die Kolonialpolitik ist die...
Land eine Schutztruppe und keine Schutztruppe. (Sensol) Unsere...

Die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz anbetrifft, so...
halten wir es für ausgeschlossen, daß der Herzog Karl Michael...

Senator Aulenkamp: Die Schließung der Baugewerks-...
schule ist nur eine vorübergehende. Dringend notwendig aber ist...

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Der Frieden mit Ru...
land bedeutet die Niederlegung unseres gefährlichsten Gegners.

Die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz anbetrifft, so...
halten wir es für ausgeschlossen, daß der Herzog Karl Michael...

Senator Aulenkamp: Die Schließung der Baugewerks-...
schule ist nur eine vorübergehende. Dringend notwendig aber ist...

